

## **16. Wasserwirtschaftliche Jahrestagung**

**11. bis 12. September 2017, Berlin**

### **Forderungen der Wasserwirtschaft anlässlich der Bundestagswahl 2017**

Es gilt das gesprochene Wort!

Rede von

**Martin Weyand**

Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser des Bundesverbandes der  
Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW),

Sehr geehrter Herr Scheremet,

meine sehr geehrten Damen und Herren

ich darf Sie auch im Namen der Wasserwirtschaft im BDEW zur Wasserwirtschaftlichen Jahrestagung 2017 herzlich begrüßen.

Herrn Scheremet möchte ich für die gute Zusammenarbeit im vergangenen Jahr bedanken. Es gab zahlreiche Anknüpfungspunkte, bei denen wir konstruktiv zusammengearbeitet haben, zum Beispiel als es um die Neuorientierung der Klärschlammverwertung in Deutschland gegangen ist.

Danken möchte ich auch Herrn Wagner vom Bundesumweltministerium sowie Herrn Fuhrman vom Umweltministerium Baden-Württemberg, dass sie sich heute aktiv an der Arzneimittel-Diskussion beteiligen. Wir freuen uns, dass sie heute bei uns sind.

Mein Dank gilt auch dem Bundesumweltministerium, das Prozesse zu verschiedenen Themen initiiert und für eine breite Einbindung der Branche gesorgt hat.

Die nächsten 14 Tage werden in Deutschland durch den Bundestagswahlkampf geprägt.

An dieser Stelle möchte ich auch auf unser Papier hinweisen, welches zu relevanten Punkten umfänglich Stellung nimmt.

Dabei kommt es aus unserer Sicht darauf an, dass die Umweltthemen nicht zu kurz kommen und mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen auch wichtige Aspekte für den Gewässerschutz verankert werden können. Wie viel umsetzbar ist, hängt sicherlich auch von der Konstellation der Regierungspartner ab.

Wir wollen in den nächsten Tagen noch einmal Schwerpunkte für den Gewässerschutz setzen und die Thesen für die Koalitionsverhandlungen schärfen.

## **Arzneimittel**

Lassen Sie mich zuerst auf das Thema Arzneimittel eingehen.

Denn dieses Thema wird ein Schwerpunktthema im kommenden Jahr!

Bis zu 70 Prozent kann der Arzneimittelkonsum in Deutschland bis 2045 ansteigen. Das ist das Ergebnis der civity-Studie, die der BDEW vor Kurzem veröffentlicht hat und über die die Süddeutsche Zeitung und weitere Medien berichtet haben. Wesentliche Ursachen sind die demographische Entwicklung in Deutschland sowie der zunehmende Pro-Kopf-Verbrauch an Arzneimitteln.

Es ist schon bemerkenswert, wenn sich der Arzneimittelverbrauch in den letzten Jahren pro Jahr um 2,6 Prozent erhöht hat. Es ist klar, dass damit der Druck auf den Gewässerschutz zunimmt.

Die Wasserwerke und Abwasserentsorger sind nicht die Reparaturbetriebe einer fehlenden Arzneimittelstrategie.

Wir brauchen stattdessen eine ganzheitliche Arzneimittelstrategie zur Vermeidung von Einträgen, die unter Berücksichtigung des Verursacherprinzips ein breites Maßnahmenpaket umsetzt.

Dies beinhaltet zum Beispiel:

- bei den Arzneimittelherstellern die Entwicklung von zielgenaueren und biologisch abbaubaren Arzneimitteln
- Entsorgungshinweise auf Arzneimittelverpackungen,
- auf der Ebene der Zulassung und Überwachung eine Berücksichtigung der Umweltverträglichkeit als Zulassungskriterium bei Medikamenten sowie eine restriktive Handhabung der Rezeptfreigabe,
- bei Ärzten und Apothekern eine nachhaltige Verschreibungspraxis (passgenaue Packungsgrößen) sowie die Wiedereinführung eines flächendeckenden Rücknahmesystems für Altmedikamente in Apotheken,
- auf der Ebene der Verbraucher eine sachgerechte Entsorgung über den Haus- oder Sondermüll sowie ein verantwortungsbewusstes Maß der Selbstmedikation.

Das Umweltbundsamt hat klargestellt, dass es keine Beeinträchtigungen für die Trinkwasserqualität gibt. Aber wir müssen heute eine verantwortungsbewusste Vorsorgepolitik betreiben, um zukünftigen Entwicklungen entgegenwirken zu können.

Die Wasserwirtschaft will sich hier nicht aus der Verantwortung stehlen, sondern eine breite Diskussion fördern!

## **Nitratproblematik**

Meine Damen und Herren,

wir haben in den letzten Monaten eine intensive Diskussion über die Verminderung von Nitrateinträgen geführt.

Die sogenannte Verordnung zur Stoffstrombilanz, früher Hoftorbilanz genannt, soll noch vor der Wahl am 22. September im Bundesrat behandelt werden.

Die jetzt vorliegenden Regelungen reichen jedoch nicht aus, um eine nachhaltige Reduzierung der Gülleverschmutzung zu erreichen.

Deshalb werben wir gemeinsam mit den Umweltverbänden und ver.di in einer Initiative gegen Gülleverschmutzung für Verschärfungen des geltenden Düngerechts und eine Kehrtwende in der Agrarpolitik.

Es kann nicht sein, dass jedes Jahr umgerechnet 66.000 LKW-Ladungen mit Wirtschaftsdünger von den Niederlanden nach Deutschland fahren und wir quasi als Entsorgungsland dienen.

In vielen Regionen Deutschlands ist auch nicht nur der Grenzwert von 50 mg/l das Problem. Das Technologiezentrum Wasser in Karlsruhe hat im Rahmen der Nitratdatenbank der Verbände analysiert, dass in Vorfeldmessungen Belastungen von bis zu 400 mg/l auf einige Brunnen zufließen.

Ich bin der Wirtschaftswoche dankbar, dass sie in einem Beitrag in der letzten Woche auch die ökonomische Absurdität der Güllebelastung anhand der Schweinefleischproduktion verdeutlicht hat: Allein von 2015 auf 2016 nahm der Export von Schweinefleisch um 27 Prozent zu. Dieser Boom ist entstanden, weil es gelang die Kosten der Produktion auszulagern an Subventionszahler, Wasserwerke und Billiglohnarbeiter.

Fazit des Autors: Das Prinzip, Gewinne zu privatisieren und Kosten zu sozialisieren, muss in der Landwirtschaft beendet werden.

Und wir reden hier noch gar nicht von den möglicherweise zu erwartenden Strafzahlungen der EU im Milliardenbereich, wenn der EuGH noch in diesem Jahr eine Verurteilung Deutschlands wegen Nichteinhaltung der EU-Nitratrichtlinie verkünden würde.

Einige Worte in diesem Zusammenhang zu einer Studie über Umweltkosten, die morgen von der Landwirtschaft vorgestellt werden sollen. Es ist geradezu absurd, dass diejenigen, die die Umwelt verschmutzen, auch noch hierfür Entschädigungen einfordern. Hier muss konsequent das Verursacherprinzip gelten. Beispiele hierfür sind die Nitratreinträge durch die Landwirtschaft, die Anwendung von Pestiziden sowie die Antibiotikanutzung in der Tierhaltung.

Niemand stellt dabei eine ausreichende Finanzierung der Landwirtschaft in Frage. Sie muss sich aber verstärkt an qualitativen und nicht quantitativen Kriterien orientieren. In der zukünftigen Bundesregierung brauchen wir deshalb eine Wende in der Agrarpolitik mit einem nachhaltigen Gewässerschutz und einem Stopp der jetzigen Gülleverschmutzung.



Lassen Sie mich an dieser Stelle auch noch etwas **Grundsätzliches zur Gewässerschutzpolitik** sagen.

Wir haben in den letzten Jahren in Berlin immer wieder erlebt, dass in Gesetzgebungsverfahren, die nicht in der Federführung von Umwelt- bzw. Gesundheitsministerium lagen, Vorschläge auf den Tisch kamen, die die Trinkwasserqualität in Frage stellen. Ein Beispiel ist das Thema Breitbandkabel in Trinkwasserleitungen, dass letztendlich verhindert werden konnte.

Wir sollten deshalb ernsthaft prüfen, ob die Bundesressorts zukünftig nicht verpflichtet werden, Gesetzesvorhaben dem Umweltbundesamt zur Prüfung vorlegen zu müssen, sofern wasserwirtschaftliche Fragen tangiert sind.

Dies betrifft auch Fragen der Wirtschaftlichkeit des Kuppelproduktes Klärgas. Es muss damit aufhören, dass ständig neue Steuervorschläge oder Regelungen im Rahmen des EEG auf den Tisch kommen, die eine Wirtschaftlichkeit der umweltschonenden Klärgasnutzung in Blockheizkraftwerken in Frage stellen.

## **Novellierung der EU-Trinkwasserrichtlinie**

Lassen Sie mich einige Worte zur aktuell anstehenden EU-Trinkwasserrichtlinie sagen:

Wir sehen uns bei vielen Fragen der Trinkwasserqualität in Übereinstimmung mit der EU-Kommission und sind in einem konstruktiven Dialog in diesen Fragen.

Gleichzeitig unterstützen wir ausdrücklich die vom Bundesgesundheitsministerium eingebrachten Forderungen zur Beibehaltung des europäischen Minimierungsgebotes und des Vorsorgeprinzips als Grundlage für die Erhaltung einer hohen Qualität des Trinkwassers in Deutschland.

Allerdings sehen wir mit Sorge, dass nach Auffassung der EU-Kommission Regelungen in die Trinkwasserrichtlinie aufgenommen werden sollen, die sachlich in keinem Zusammenhang mit den originären Zielsetzungen der Trinkwasserrichtlinie stehen. So soll für demokratisch nicht legitimierte Gruppen eine Mitentscheidung bei den Investitionen der Wasserversorgungsunternehmen eingeräumt werden.

Eigentliches Ziel der EU-Kommission ist es, Vollzugsdefizite in anderen EU-Ländern zu kompensieren. Dies darf jedoch nicht zur Überregulierung in der deutschen Trinkwasserversorgung führen.

Die jetzigen Vorschläge zur Investitionslenkung entsprechen darüber hinaus nicht dem Grundsatz der Subsidiarität und der kommunalen Selbstverwaltung. So werden Investitionen und Wasserversorgungsstrukturen sowie die hiermit verknüpften ordnungspolitischen Regelungen eindeutig von den Mitgliedstaaten bzw. Ländern und Kommunen festgelegt.

Wir fordern deshalb die Bundesregierung auf, sich gegen Regelungen zu wenden, die die jetzigen ordnungspolitischen Zuständigkeiten Deutschlands nach Brüssel verlagern.

## **Zukunftssichere Finanzierung der Wasserwirtschaft**

Ein weiteres wichtiges Thema für die Branche ist die Sicherung zukünftiger Investitionen in der Wasserwirtschaft.

Die Unternehmen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung in Deutschland stehen heute für eine hervorragende Wasserqualität, Versorgungssicherheit und einen hohen technischen Standard. Regelmäßige Kundenbefragungen belegen dies.

Im jüngsten „BDEW-Kundenbarometer“ bewerten mehr als zwei Drittel der Befragten ihren Wasserver- wie auch Abwasserentsorger positiv oder sehr positiv. Die Qualität des Trinkwassers erzielt noch höhere Werte. Über 80 Prozent der Befragten gaben dem Lebensmittel Nummer 1 gute bis sehr gute Noten. Diese Umfragewerte sind seit Jahren weitgehend stabil.

Um diese hohe Qualität der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung auch in Zukunft aufrecht erhalten zu können, sind nachhaltige Investitionen erforderlich. Notwendig ist deshalb eine sichere Finanzierung unter anderem durch entsprechend kalkulierte Wasserpreise und Abwassergebühren. Wir brauchen aber auch eine gemeinsame Investitionspolitik mit den Städten und Gemeinden, die nicht nur rein ausschüttungsorientiert ist.

Viele dieser Themen werden wir heute und morgen intensiv diskutieren.

Ich wünsche jetzt der Veranstaltung einen guten Verlauf und freue mich auf lebhaftige Diskussionen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!